

02

Ulla Jelpke:
Stoppen wir
gemeinsam die
Nazis!

03

Informationen zur Wahl
Wie man beim
LINKSWÄHLEN alles
richtig macht.

08
09

Knallrot

Sommer
2009

Am 30. August: DIE LINKE wählen!

Liebe Leserinnen und Leser,

„Ihh, Kommunisten! Bäh, Sozialdemokraten! Pfui, Weltverbesserer! Die soll ich wählen?!“ fragt sich so mancher Skeptiker.

Genau – in der gegenwärtigen politischen Situation stellt die erst 2007 neu gegründete Partei DIE LINKE nämlich eine effektive Hilfe zur Selbsthilfe dar. Je stärker DIE LINKE, umso sozialer wird Dortmund! Arbeitnehmer und Arbeitslose streiten jenseits aller ideologischen Mauern in den Köpfen aktiv Seite an Seite für gute Arbeitsbedingungen, gute Löhne und für ein menschenwürdiges Dasein auch im Falle der Arbeitslosigkeit. Dabei sind die politischen Ansätze ebenso bunt wie die Menschen – vom Marxisten-Leninisten, vom Basisdemokraten, ehemaligen Grünen, vom Gewerkschafter, vom ehemaligen Sozialdemokraten, vom Friedens-

aktivisten und Antifaschisten bis zum Langzeitarbeitslosen oder sogar bis zum Obdachlosen finden sich in der Partei DIE LINKE alle Schattierungen und machen den Erfolg der jungen Partei aus. Wir schließen niemanden aus und wir freuen uns, wenn Menschen für ihre eigenen Lebensbedingungen bereit sind sich einzusetzen. Darum rufen wir auch alle Nichtwähler auf, sich an den Wahlen zu beteiligen: Bei 40% Wahlbeteiligung seid Ihr die absolute Mehrheit der Bevölkerung und das solltet Ihr zur Veränderung der Verhältnisse nutzen! Lasst uns den Hartz4-Parteien und den Parteien der Deregulierung der Finanzmärkte (den Zockern) – kurz den Architekten des Neoliberalismus in Deutschland hier in Dortmund, der 6. größten Stadt der Bundesrepublik – eine gehörige Überraschung bereiten! Solche Überraschungs-

rufe hört man bis nach Berlin, bis ins Kanzleramt!

Für die kommende Legislaturperiode wollen wir den Verkauf des Tafelsilbers Dortmunds verhindern und Privatisierungen des Klinikums, von Schulen, des öffentlichen Personennahverkehrs, von Wohnungen und der Strom- und Wasserversorgung verhindern. All das wird durch eine offenbar schon abgesprochene mögliche große Koalition in Dortmund auf die politische Tagesordnung kommen. Dafür braucht es den massiven und starken Widerstand von DIE LINKE und der Gewerkschaften. Christian Tödt, Mitglied im Kreisvorstand und auf der Landesebene der Gewerkschaft

Ver.di zuständig für den Krankenhausbereich, ist ebenso wie der Landesgewerkschaftssekretär Bernd Tenbessel auch deshalb bei den Dortmunder Linken aktiv: Sie wollen die Privatisierung des größten kommunalen Krankenhauses in NRW verhindern. Daher am 30. August DIE LINKE wählen.

Ihr Utz Kowalewski
Sprecher DIE LINKE. Dortmund

Aus dem Inhalt:

- Seite 2: **OB-Kandidat Helmut Manz**
- Seite 3: **Vorrang für Bus und Bahn**
- Seite 4-5: **Kurzprogramm zur Kommunalwahl**
- Seite 6-7: **Unsere Kandidatinnen und Kandidaten stellen sich vor**
- Seite 8: **DIE LINKE. International**

Helmut Manz

„der OB der kleinen Leute“

Von Helmut Manz

„Der Dortmunder Norden ist eine gute Adresse für einen Oberbürgermeister“. Das meint Helmut Manz. Helmut Manz wohnt in der Nordstadt und will Oberbürgermeister werden. Helmut Manz ist Kandidat der LINKEN. Oder besser: er ist der Kandidat der „kleinen Leute“. Denn die kleinen Leute sind es, die am härtesten arbeiten und am wenigsten verdienen. Sie sind die eigentlichen Leistungsträger Dortmunds. Manz ist überzeugt: „Ohne sie wäre hier Schicht im Schacht.“

Die kleinen Leute sind in Dortmund, der früheren Herzkammer der Sozialdemokratie, nach wie vor sozial und demokratisch eingestellt. Nur: die SPD ist es mittlerweile nicht mehr. Sie ist eine Partei des Sozialabbaus und des Demokratieabbaus: Hartz IV, Rente mit 67, Praxisgebühr, Lohnverzicht, Arbeitslosigkeit. Der letzte SPD-Vorsitzende, der tatsächlich sozialdemokratisch war,

ist heute Vorsitzender der LINKEN: Oskar Lafontaine. Von ihm stammt der Satz: „Das Herz schlägt links.“

Der unsozialen Politik von rot-grün-gelb-schwarz hält Manz entgegen: „DIE LINKE ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit.“ Und gleichzeitig ist sie auch Partei der wirtschaftlichen Vernunft. „Es ist wirtschaftlich vernünftig und sozial gerecht, das Geld von oben nach unten zu verteilen.“ Denn die Massenkaukraft ist unser wirtschaftliches Standbein. „Wir sind die einzige Partei“, so Manz, „die vor den Wahlen sagt, wer die Zeche für die jetzige Wirtschaftskrise zahlen soll. Wir wollen die Reichen, höflich aber bestimmt, zur Kasse bitten.“ Die Politik der sozialen Grausamkeiten kann so beendet werden. Manz ist sicher: „Das geht – und zwar mit links.“

Helmut Manz ist OB-Kandidat der Partei DIE LINKE. Dortmund und stellv. Landes-sprecher von DIE LINKE. NRW.



16 Polizisten wurden verletzt, als Nazis Polizeiketten durchbrechen wollten. Der Nazi-Terror geht weiter. So griffen Neonazis am 1. Mai die DGB-Kundgebung in Dortmund an.

Es ist richtig, dass die Dortmunder Polizei endlich - nach viel zu langem Wegschauen - reagiert und den „Nationalen Antikriegstag“ verboten hat. Ob das Verbot auch vor Gericht standhält, muss sich zeigen. Auf jeden Fall gilt es am 5. September präsent und wachsam zu sein. Machen wir gemeinsam deutlich: Die Dortmunderinnen und Dortmunder werden ihre Stadt nicht erneut den braunen Hetzern und Schlägern überlassen.

Stoppen wir gemeinsam die Nazis!

Von Ulla Jelpke

Mit dem internationalen Antikriegstag gedenkt die Friedensbewegung alljährlich am 1. September des Beginns des Zweiten Weltkriegs durch den Überfall des faschistischen Deutschlands auf Polen. Die grundsätzliche Lehre nach Millionen Kriegstoten und Opfern des faschistischen Genozids an Juden, Sinti und Roma und anderen lautet: „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“

Mit ihrem so genannten „Nationalen Antikriegstag“ am 5. September 2009 in Dortmund, zu dem Neonazis bereits zum fünften Mal aufrufen,

werden diese Opfer von Faschismus, Vernichtungskrieg und Rassenhass bewusst verhöhnt und der Völkermord gerechtfertigt. So heißt es in einem Aufruf zum „Nationalen Antikriegstag“: „Ein Krieg um die Rasse, die Kultur und die Nation zu verteidigen ist ein sinnvoller. Diese Kriege gab es von Anbeginn der Zeit. Schwache Völker verschwanden, starke Völker errungen [!] den Sieg und somit das Leben.“

Schon im Vorfeld des vierten „nationalen Antikriegstages“ im September 2008 hatten sich in Dortmund rechtsextreme Drohungen und Gewalttaten gehäuft. Neonazis jagten antifaschistische Flugblattverteiler

und beschossen das Wahlkreisbüro der LINKEN mit Stahlkugeln. Am 6. September 2008 zogen dann auf der bislang größten Neonazidemomonstration in Dortmund rund 1300 Faschisten aus dem ganzen Bundesgebiet durch die Stadt. Mit einem Großaufgebot schützte die Polizei die Nazis. Drei Stadtviertel wurden an diesem Tag für Antifaschisten zur polizeilich abgesicherten „national befreiten Zonen“.

Stoppen wir gemeinsam die Nazis! Sie werden nicht durchkommen!

Ulla Jelpke (MdB) ist innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und Direktkandidatin für Dortmund

Dortmund stellt sich quer!

Bundesweite antifaschistische Demonstration gegen Naziaufmarsch am 5. September 2009 in Dortmund

DIE LINKE. Dortmund unterstützt die Demonstration. Los geht's am 05.09. um 10 Uhr am Hauptbahnhof.

Vorrang für Bus und Bahn

Von **Utz Kowalewski**

Dortmund ist nach wie vor eine reine Autofahrerstadt. Versuche von OB-Kandidat Ulrich Sierau, sich als fahrradfreundlich und damit besonders umweltfreundlich darzustellen sind reine Heuchelei. Nach wie vor werden vor allem Straßen gebaut, wird der Autoverkehr und der Flugverkehr mit mehrstelligen Millionenbeträgen von der Stadt subventioniert. Wer einmal versucht hat, Dortmund mit dem Fahrrad zu durchqueren weiß das. Wer als Fußgänger Schwierigkeiten hat, eine stark befahrene Strasse zu überqueren weiß dies ebenfalls.

DIE LINKE will ein anderes Verkehrskonzept. Begonnen hat dies mit der Durchsetzung des Dortmunder Sozialtickets durch die Fraktion „Die Linken im Rat“ und dem außerparlamentarischem Engagement des Dortmunder Sozialforums. Diesem Druck konnten sich die Mehrheitsfraktionen von SPD und Grünen nach der Gründung der Linken

Ratsfraktion nicht mehr entziehen. Seitdem behaupten die Grünen das Sozialticket sei ihre Idee gewesen und schmücken sich in teuren Anzeigenkampagnen ungeniert mit fremden Federn.



Die logische Fortsetzung des Erfolges des Sozialtickets, der sich unter anderem in einer Zunahme der Fahrgastzahlen der DSW21 um rund zehn Prozent ausdrückt, ist das Null-

ticket. Ein kostenloses Ticket? Geht denn das? Aber selbstverständlich – die Stadt Hasselt in Belgien hat dies vorgemacht und dieses Erfolgsmodell wird inzwischen von etlichen weiteren Gemeinden nachgeahmt.

Ben und die Instandhaltung eines gewaltigen Straßennetzes, was in Dortmund aufgrund leerer Kassen kaum noch gelingt. Gleichzeitig fahren die DSW21 mit dem immer

noch schlecht ausgebauten und für die Fahrgäste viel zu teurem öffentlichen Nachverkehr (ÖPNV) mehr als 70 Millionen Euro Verluste pro Jahr ein.

Der Dortmunder Bürger zahlt dafür mit Abgaben und Gebühren, er zahlt auch mit der höchsten Feinstaubbelastung in NRW und er zahlt mit einer zunehmenden Flächenversiegelung, die ihren Beitrag zu Überschwemmungen wie vor einem Jahr leistet. Die Alternative ist ein kostenloses ÖPNV für alle Dortmunder Bürger, eine Steigerung des Intervalls viel benutzter Strecken und die Neueinrichtung weiterer Busrouten. Das Erreichbare Ziel heißt: Man sollte in Dortmund kein Auto brauchen – Bus und Bahn sind für alle das Verkehrsmittel der Wahl. Dortmund wird dann nicht nur auf Wahlplakaten fahrrad- und umweltfreundlich.

Utz Kowalewski ist Spitzenkandidat der Dortmunder LINKEN für den Stadtrat

Wie man beim LINKSWÄHLEN alles richtig macht.

Von **Fabian Bünemann**

Für die Kommunalwahlen ist wahlberechtigt, wer spätestens seit dem 30. Mai in Dortmund wohnt, die deutsche Staatsbürgerschaft hat und mindestens 16 Jahre alt ist. Spätestens am 09.08.2009 muss man seine Wahlbenachrichtigung erhalten haben. Ist das nicht der Fall, kann man unter der Rufnummer 0231 50-13121 nachfragen.

Wer am Wahltag voraussichtlich keine Zeit hat oder nicht ins Wahllokal kommt (Krankheit, Urlaub, berufliche Verpflichtungen usw.) kann Briefwahl beantragen. Wie das geht, steht in Euren Wahlunterlagen. Briefwähler erhalten für die Kommunalwahlen einen Wahlschein und die Briefwahlunterlagen. Um Fehler beim Ausfüllen oder beim „Eintüten“ in die verschiedenen

Umschläge zu vermeiden, ist es sinnvoll, die „Bedienungsanleitung“ genau durchzulesen.

Ausgefüllte Wahlbriefe sind an die aufgedruckte Adresse zurückzuschicken. Sie müssen spätestens

am Wahltag bis 18:00 Uhr dort eingegangen sein. Wer am 30. August ins Wahllokal geht, braucht dazu entweder die Wahlbenachrichtigung, seinen Personalausweis oder den Reisepass.

Bei der Kommunalwahl hat jede

wahlberechtigte Person drei Stimmen. Es werden der Oberbürgermeister, der Stadtrat und die Bezirksvertretungen gewählt. Bei der Oberbürgermeisterwahl steht Helmut Manz, der OB-Kandidat von DIE LINKE. Dortmund, auf dem

Wahlzettel. Am besten macht ihr hier direkt ein Kreuz, dann geht es weiter zum nächsten Zettel. Um DIE LINKE in den Stadtrat zu wählen, muss man hier die Kandidatin oder den Kandidaten der Partei DIE LINKE wählen. Bei der Wahl der Bezirksvertretung kann man nur

Parteien wählen. Also ein Kreuz bei DIE LINKE und schon ist man fertig.

Wer den Stimmzettel auch mit Brille nicht richtig erkennen kann oder aufgrund von Alter oder Krankheit Schwierigkeiten hat, die Kreuze an die gewünschte Stelle zu setzen, sollte sich nicht scheuen, dies dem Wahlvorstand mitzuteilen. Er darf sich dann bei der Stimmabgabe einer Person seines Vertrauens bedienen. Hat man sich auf dem Stimmzettel versehentlich „verkreuzt“, kann man sich übrigens vom Wahlvorstand einen neuen geben lassen, natürlich nur, solange man den verschriebenen Zettel noch nicht in die Urne geworfen hat.

Fabian Bünemann ist Direktkandidat der LINKEN für den Stadtrat im Wahlkreis 28 (Höchsten, Syburg, Wichlinghofen, Holzen, Loh)

DIE LINKE.

Werde linksaktiv!

Mach mit und unterstütze
DIE LINKE im Wahlkampf!

linksaktiv.de

Wir kommen!

Kommunalpolitisches Programm
der linksjugend ['solid] Dortmund

Ab sofort online unter:
www.linksjugend-dortmund.de

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE. Dortmund
Münsterstr. 141, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-4759196

www.dielinke-dortmund.de

E-Mail: redaktion@dielinke-dortmund.de

V.i.S.d.P. Christian Seyda

Satz und Layout: Fabian Bünemann

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Utz Kowalewski, Fabian Bünemann, Ulla Jelpke, Helmut Manz, Selma Kociva
Fotos: DIE LINKE

Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 04.08.2009

Druck: Nord-Ost-Druck GmbH

Auflage dieser Ausgabe: 40.000 Exemplare

Original sozial!

Wer DIE LINKE wählt, wählt sich selbst

„Eine andere Welt ist möglich.“ Das ist das Motto der sozialen Bewegungen. Und DIE LINKE ergänzt: Auch ein anderes Dortmund ist möglich. Ein Dortmund, das nicht immer neuen Leuchtturmprojekten hinterherjagt und in dem niemand mehr in die soziale Isolation gedrängt wird. Ein Dortmund, das für alle die gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe sichert: bezahlbaren und komfortablen Wohnraum, ausreichend gute und sichere Arbeitsplätze, wenig Verkehrsbelastung und eine intakte Umwelt, gute Schulen und Kindereinrichtungen, bezahlbare Kultur- und Sportangebote, ein dichtes Nahverkehrssystem mit niedrigen Fahrpreisen. DIE LINKE kämpft dafür.

DIE LINKE ist keine Stellvertreterpartei, sondern ein Angebot an alle, die aufstehen wollen für eine bessere Welt. DIE LINKE hat sich gegründet und nimmt an Wahlen teil, um all denen eine Stimme zu geben, die verschwiegen und übergangen werden. Die Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN in den Räten und Bezirksvertretungen werden sich nicht bereichern, sich nicht am Parteienklüngel beteiligen, sondern sich an der Seite der Bevölkerung engagieren. Diese Politik der Selbstbestimmung und des Widerstands ist bunt, radikal und auch widersprüchlich. Sie entspricht in keiner Weise den glatten Konzepten und technokratischen Modellen all der anderen Parteien. Aber sie hat all den anderen etwas voraus: sie ist Leben. Ein anderes Dortmund ist möglich, eine andere Welt ist möglich. Diese andere Welt soll „keine Ware“ mehr sein. DIE LINKE stellt sich in die Tradition der Welt umspannenden Bewegung für den Sozialismus, die für das Zusammenleben freier Individuen in einer solidarischen Gemeinschaft kämpft. Für DIE LINKE gehören Sozialismus und Demokratie zusammen.

Für ein soziales, solidarisches Dortmund

Der Dortmunder Sozialbericht 2007 beschreibt die soziale Lebenssituation in Dortmund mit dem krassen Satz: „Sage mir, wo du wohnst, und ich sage dir, wer du bist und welche Chancen du hast“. Hinzuzufügen ist: „Bist du behindert, chronisch krank, stehst du oft vor unüberwindbaren Barrieren.“ Die Ergebnisse des Sozialberichts sind: Arbeitslosigkeit und Armut prägen die Geografie der Stadt. Die Ergebnisse des Sozialberichts lauten: auch Dortmund ist eine an Familien und Kindern, an Migranten und Senioren bevölkerungsreiche Stadt.

DIE LINKE sagt klar: Wir wollen eine soziale und solidarische Stadt. In ihr müssen sich alle Menschen wohl und zu Hause fühlen können. Eine soziale, solidarische Stadt kümmert sich um einen jeden und beteiligt alle am öffentlichen Leben. DIE LINKE sagt klar: Eine soziale, solidarische Stadt muss sich daran messen lassen, wie sie sozial benachteiligten, mit behinderten und chronisch kranken Menschen umgeht. Für DIE LINKE steht fest: Eine soziale, solidarische Stadt Dortmund schafft Arbeitsplätze und Beschäftigung und bekämpft so Arbeitslosigkeit und Armut. DIE LINKE sagt klar: Wo Menschen wohnen, müssen Menschen einkaufen und sich begegnen können. Wo Menschen wohnen, müssen fußläufig medizinische und soziale Dienstleistungen sowie öffentliche Verwaltungen erreichbar sein. DIE LINKE sagt klar: Wo Kinder in Armut aufwachsen, wo Jugendarbeitslosigkeit am höchsten ist, braucht es öffentliche Betreuungs- und Förderprogramme. DIE LINKE fordert: Zuwendungen und Leistungen an private Unternehmen, die an verpflichtende, einklagbare Arbeitsplatzzusagen gekoppelt werden. Die Leistungen sind zurückzufordern, wenn die Zusagen nicht eingehalten werden. DIE LINKE sagt klar: Kommunale Auftragsvergabe nur an Unternehmen, die sich verpflichten, keine Arbeitsplätze am Standort abzubauen oder in prekäre Jobs umzuwandeln, und sich an die geltenden Tarifverträge der Branchen halten. DIE LINKE fordert: Öffentliches Eigentum stärken und wirtschaftlich sichern. Die weitere

Privatisierung öffentlicher Einrichtungen stoppen. Bereits privatisierte Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge sind wieder in öffentliches Eigentum zurückzuführen. DIE LINKE fordert: Sparkassen als Anstalten des öffentlichen Rechts zu erhalten. Für eine öffentliche Kreditpolitik, die vorrangig mittelständische und kleine Unternehmen finanziert. DIE LINKE tritt ein für: die Förderung kommunaler und gemeinnütziger Träger, um gesicherte Arbeitsplätze in sozialen, kulturellen und ökologischen Bereichen schaffen zu können.

der Arbeitslosenunterstützung auf ein Lebensstandardsicherndes Niveau von 75% des Durchschnittseinkommens, mindestens aber 1.000,-€ angehoben werden. DIE LINKE sagt klar: 2,28 Euro HARTZ IV-Regelsatz für die tägliche Ernährung von Kindern reicht nicht aus. Die HARTZ IV-Sätze für Kinder sind in einem ersten Schritt auf 300 Euro anzuheben. DIE LINKE fordert langfristig: Einführung einer existenzsichernden Grundsicherung von Kindern in Höhe von 420 Euro.

wirweit entfernt. Denn wesentliche Forderungen der Frauenbewegung sind nach wie vor nicht erfüllt: Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Leben in Sicherheit und ohne Gewalt, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Politik vor Ort muss Angebote für alle unterschiedlichen Lebensformen, nicht nur für die bürgerliche Ehe entwickeln. Das schließt Lebensweisen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Zwischengeschlechtlichen ein.

DIE LINKE tritt ein für den Erhalt und Ausbau von Frauenhäusern und Zufluchtsorten für Frauen, die von Gewalt betroffen bzw. bedroht sind. DIE LINKE will besondere Förderung und den Erhalt von Frauen- und Mädchenprojekten. DIE LINKE setzt sich ein für die Förderung von Treffpunkten für Lesben und Schwule, insbesondere für Jugendliche. DIE LINKE will: Erhalt und Ausbau der Aids-Beratungsstellen. DIE LINKE will: Besondere Maßnahmen zur Unterstützung für Alleinerziehende vor Ort, u. a. bei Wohnungsbeschaffung, Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall. DIE LINKE setzt sich ein für die konsequente Umsetzung des Grundsatzes: „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.“

Zuwanderung, Menschenrechte und Solidarität

Vom Sozialabbau betroffen sind die meisten Dortmunderinnen und Dortmunder. Besonders hart betroffen sind jedoch Migrantinnen und Migranten – auf dem Arbeitsmarkt, beim Einkommen, bei den Bürgerrechten und den Bildungschancen, im kulturellen Leben und im Wohngebiet. DIE LINKE lehnt eine „Leitkultur“ ab. Diese sogenannte „Leitkultur“ ist ein Kampfbegriff, um andere Kulturen zu unterdrücken. Wir wollen eine Gesellschaft, in der rechtliche und soziale Gleichheit, kulturelle Vielfalt und entwickelte demokratische Verhältnisse für alle die Grundprinzipien sind.

DIE LINKE tritt ein: für ein Wahlrecht für alle, die ihren Lebensmittelpunkt in der BRD haben. Der erste Schritt dorthin ist die Ausdehnung des Kommunalwahlrechts auch auf alle Nicht-EU-BürgerInnen. DIE LINKE will, dass der Integrationsrat in allen die Integration berührenden Fragen von Politik und Verwaltung gehört werden muss und Empfehlungsrecht bekommt wie die Ratsausschüsse. DIE LINKE setzt sich ein für ein kommunales wohnraumpolitisches Konzept, in dem die Stadt die räumlichen Ghettos gezielt verhindert. DIE LINKE will eine interkulturelle Kompetenz an Schulen und in Kindergärten, sie setzt sich ein für eine frühkindliche Sprachförderung unter Einbindung der Eltern. DIE LINKE fordert, dass bei Neueinstellungen in der Verwaltung entsprechend der Zusammensetzung der Bevölkerung Menschen mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden.

Kultur

Seit langem verschlechtert sich Dortmunds kulturelles Image. Das Klima von Großzügigkeit und Unabhängigkeit, das nicht nur Künstler, die sonst in die europäischen Metropolen flüchten, auch nach Dortmund zog, hat bereits begonnen, sich zu zersetzen. Eine bunte, phantasievolle, kommunikative Stadt mit der Offenheit einer Metropole könnte aber Dortmund heißen.

DIE LINKE fordert die Anerkennung der freien Kultur als notwendiges Angebot für Dortmunds Bürgerinnen und Bürger. Sie will die Gleichstellung der freien mit der institutionellen Kultur. DIE LINKE fordert die Verwaltung der Mittel für Kultur durch die Kulturschaffenden und in den Quartieren durch die Bürgerinnen und Bürger. DIE LINKE will die Stärkung der Bildungsangebote im Bereich von Kultur für interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Sport und Freizeitmöglichkeiten

Sport- und Freizeiteinrichtungen sind notwendig für Erholung und Entspannung. Die Betätigungen in Sport- und Freizeiteinrichtungen bewirken neben der Erhaltung und Förderung der Gesundheit auch Gemeinschaft mit anderen und hat integrative Funktionen.

Gregor Gysi

Kommt zu einer Kundgebung
am **21.08.** ab **17 Uhr** auf
den **Alten Markt.**

Außerdem reden: Ulla Jelpke, Helmut Manz,
Serpil Kosan

DIE LINKE.
Kreisverband Dortmund

Sozial- und Beschäftigungspolitik

DIE LINKE sagt klar: Arbeit ist ein Menschenrecht. Das Recht auf Arbeit muss im Grundgesetz verankert werden. Jede und jeder hat ein Recht auf Arbeit. DIE LINKE nimmt auch den Artikel 24 der Landesverfassung NRW ernst: „Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat den Vorrang vor dem Schutz materiellen Besitzes. Jedermann hat ein Recht auf Arbeit.“

DIE LINKE steht für eine Politik der Vollbeschäftigung. DIE LINKE fordert: Öffentlich finanzierte Beschäftigungsprogramme zur Eingliederung von Arbeitslosen auf dem ersten Arbeitsmarkt. DIE LINKE sagt klar: Vom Lohn der Arbeit müssen Erwerbstätige und ihre Familien leben können. DIE LINKE sagt klar: Armut trotz Arbeit ist ein Skandal. DIE LINKE sagt klar: Arbeitsplatzsicherheit und soziale Sicherheit sind unentbehrliche soziale Rechte. DIE LINKE fordert: Mindestlöhne in allen Branchen (mindestens 10 Euro). DIE LINKE sagt klar: Jugendliche haben ein Recht auf eine Berufsausbildung. Das Recht auf Ausbildung gehört ins Grundgesetz. DIE LINKE fordert: Ausbildungsfähige Betriebe müssen ihrer Verpflichtung zur Berufsausbildung nachkommen. DIE LINKE fordert eine Ausbildungs-offensive. Bei der Stadt und ihren Beteiligungsunternehmen ist eine Ausbildungsquote von mindestens 10% herzustellen. DIE LINKE sagt klar: Die HARTZ-Gesetze müssen durch ein Gesetz der sozialen Gerechtigkeit ersetzt werden. DIE LINKE sagt klar: Arbeitslosigkeit darf keine Armutsfalle per Gesetz sein. DIE LINKE sagt klar: Kein Zwang zur Pflichtarbeit. Statt Ein-Euro-Job ein öffentliches Beschäftigungsprogramm. DIE LINKE sagt klar: In einem ersten Schritt müssen die Leistungen

Faschismus und Neofaschismus ist keine Meinung – sondern ein Verbrechen

Seit Jahrzehnten gibt es in unserer Stadt eine massive Bedrohung durch rechtsextreme Gruppierungen. Was in den 80er Jahren die Borussenfront und in den 90er Jahren die Nazi-Skinhead-Kameradschaften waren, sind heute die sogenannten autonomen Nationalisten. DIE LINKE will ein offenes, tolerantes, sicheres und buntes Dortmund. National befreiten Zonen setzen wir ein angstfreies und solidarisches Zusammenleben entgegen. Rassistische und neofaschistische Hetze bekämpfen wir auf allen Ebenen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Zuständige Stellen bei Polizei und Verwaltung dürfen die zunehmende Präsenz neofaschistischer Organisationen in unserer Stadt nicht länger ignorieren, sondern müssen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Gegenmaßnahmen entwickeln.

DIE LINKE fordert Gerichte, Polizei und Verwaltung auf, alle rechtlichen Mittel zu nutzen, um neofaschistische Aktivitäten zu unterbinden. DIE LINKE will, dass sich der Rat der Stadt Dortmund auf Landesebene dafür einsetzt, dass neofaschistische Organisationen verboten werden. DIE LINKE fordert die Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur kommunalen Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen Neofaschismus, besonders an Schulen, in Jugend- und Familieneinrichtungen. DIE LINKE fordert die Umbenennung von Straßen und Plätzen, deren Namen immer noch im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus stehen.

Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit

Von der Gleichberechtigung der Geschlechter sind

DIE LINKE fordert ein kommunales Programm zum barrierefreien Umbau aller Sportanlagen. DIE LINKE fordert insbesondere für Kinder aus sozial benachteiligten Familien freien Eintritt. DIE LINKE lehnt es ab, dass Vereine Gebühren für die städtischen Sporteinrichtungen bezahlen müssen. DIE LINKE fordert den Erhalt und Ausbau kommunaler Kultur-, Freizeit- und Sporteinrichtungen, insbesondere den Erhalt kommunaler Schwimmbäder. DIE LINKE will finanzielle Vergünstigungen für einkommensarme Familien (im Bereich der Eintrittsgelder und Mitgliedsbeiträge).

Umweltpolitik

Rund um Dortmund fahren Castoren mit radioaktivem Material in Richtung der Urananreicherungsanlage im münsterländischen Gronau. Das transportierte Uranhexafluorid kann bei Kontakt mit Wasser zu hochgiftiger Flusssäure werden.

DIE LINKE fordert eine Einstellung der Atomtransporte. DIE LINKE will, dass die Anlage in Gronau wie auch alle anderen Anlagen der Atomindustrie geschlossen werden. DIE LINKE tritt für eine Demokratisierung der Energieversorgung ein. Die DEW gehört zu 53% der Stadt Dortmund und zu 47% der RWE. Wir wollen die DEW rekommunalisieren. DIE LINKE will die regenerativen Energieformen fördern und Atomkraft sowie fossile Brennstoffe zurückdrängen. DIE LINKE setzt sich für die Einführung einer Fachschule für Zukunftsenergien am Berufskolleg ein, damit junge Dortmunderinnen und Dortmunder sich für den Einsatz in diesen neuen Technologien qualifizieren können.

Dortmund hält seit Jahren einen traurigen Rekord: Die Luft hier ist eine der schlechtesten im ganzen Bundesland. DIE LINKE fordert eine autofreie Innenstadt. Dortmund ist die Großstadt mit dem höchsten Grünflächenanteil in der Bundesrepublik. Das ist gut so. DIE LINKE fordert, dass das so bleibt. Deshalb soll der Flächenfraß für Verkehr, Wohnungsbau und Gewerbe sofort und dauerhaft auf Null reduziert werden. Schützenswerte Flä-

chen im Stadtgebiet sollen konsequent als Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen werden. Bestehende Schutzgebiete sind zu vernetzen und durch stadtökologische Maßnahmen zu verbessern.

DIE LINKE fordert: Keine Bebauung des Rahmer Waldes. DIE LINKE fordert: Kein interkommunales Gewerbegebiet Groppenbruch.

Im Dortmunder Trinkwasser sind bedenkliche Werte von gesundheitsschädigenden und biologisch nicht abbaubaren Industriechemikalien vorhanden.

DIE LINKE fordert die Sanierung der Wasseraufbereitung aus Möhne und Ruhr, damit das Dortmunder Trinkwasser wieder bedenkenlos verwendet werden kann. Wasser ist das wichtigste Lebensmittel überhaupt.

Verkehrspolitik

DIE LINKE steht zur Bedeutung des Dortmunder Hafens als kommunales Logistikunternehmen. DIE LINKE fordert einen Ausbau des umweltfreundlichen Frachtverkehrs über die Wasserstraßen.

Fahrradfahrer haben es in Dortmund immer noch schwer. Dabei handelt es sich um das umweltfreundlichste Verkehrsmittel überhaupt. DIE LINKE fordert mehr und besser benutzbare Radwege und Radfahrstreifen (Weg mit den Buckelpisten!), mehr und besser gesicherte Abstellanlagen, Fahrradboxen an zentralen ÖPNV-Haltestellen, damit alle Bürgerinnen und Bürger bedenkenlos auf das Fahrrad steigen können.

Der Dortmunder Flughafen sollte ursprünglich ein reiner Geschäftsflughafen sein. Im Laufe der letzten Jahre ist er zu einem Touristikflughafen ausgebaut worden. Dies ging nur, weil Billigfluglinien, die durch Dumpingpreise bei den Start- und Landegebühren angelockt wurden. Jährliche Kosten: rund 20 Millionen Euro an Subventionen

durch die Dortmunder Stadtwerke und deren Tochterunternehmen.

DIE LINKE fordert einen Rückbau des Flughafens auf einen Geschäftsflughafen. DIE LINKE ist gegen eine Ausweitung der Betriebszeiten, gegen den Ausbau der Landebahn. DIE LINKE fordert: Kein Ausbau des Flughafens im Bereich des Frachtverkehrs. Fracht gehört auf die Schiene und auf die Wasserstraßen. DIE LINKE will, dass beim Rückbau des Flughafens zum Geschäftsflughafen die Beschäftigten in andere kommunale Unternehmen übernommen werden.

Mobilität gewährleistet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Der ÖPNV ist gegenüber dem Autoverkehr als vorrangig zu behandeln. DIE LINKE sagt: Der ÖPNV muss in öffentlicher Hand bleiben. DIE LINKE fordert einen flächendeckenden Ausbau des ÖPNV in einem 10-Minutentakt. Der ÖPNV muss kostenfrei werden, damit für alle Bürger Mobilität gewährleistet ist. DIE LINKE fordert eine autofreie Innenstadt. DIE LINKE will, dass Busse und Bahnen vollständig barrierefrei sind.

Dortmunds Straßen sind in einem schlechten Zustand. Statt auftretende Schäden rasch und deshalb kostengünstig zu beseitigen, wird häufig erst nach Jahren teuer neu aufbereitet. Gleichzeitig wird in fragwürdige Straßenneubauten investiert.

DIE LINKE fordert ein einheitliches und verbindliches Gestaltungskonzept für Straßen in Dortmund ein. Dieses soll eine barrierefreie und optisch einheitliche Gestaltung aller Straßen in Dortmund sicherstellen und immer dann Anwendung finden, wenn Straßen durch die Stadt oder durch private Auftragnehmer neu angelegt oder instand gesetzt werden. Die OWilla führt vom Borsigplatz nach Asseln. Vierspurig wird sie nur im Umfang einer Landstraße genutzt, sorgt für Lärm und Abgase und leitet den Verkehr zum überlasteten Borsigplatz. Ein Weiterbau nach Unna und Anschluss an die A1 würde dies verschlimmern. Die Bewohnerinnen und Bewohner

von Asseln und Wickede würden so zudem zwischen einer autobahnähnlichen Schnellstraße und dem Flughafen eingeklemmt. DIE LINKE ist gegen einen Weiterbau der OWilla.

Der Tunnelbau unter der B1 entlastet langfristig die Anwohner. An der Ausfahrt Semerteichstraße sind allerdings Umwelt- und Lärmschutzmaßnahmen zu gering dimensioniert.

DIE LINKE fordert bessere Umwelt- und Lärmschutzmaßnahmen. Auf der Wittener Straße gibt es ein vermehrtes LKWAufkommen. Grund ist die Autobahnmaut. Spediteure vermeiden rund 30 km Autobahn und rollen durch die Wohngebiete. DIE LINKE fordert eine Sperrung der Wittener Straße für den LKW-Durchgangsverkehr.

Über den Kapitalismus hinaus

Gemeinsam wollen wir dafür streiten, „dass der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist“. Das formuliert DIE LINKE in ihren programmatischen Eckpunkten. Auch in der kommunalen Arbeit will DIE LINKE diesem Anspruch gerecht werden. Deshalb will sie dazu beitragen, in der Bevölkerung das Bewusstsein der Notwendigkeit eines grundlegenden Politikwechsels zu verbreiten. Eine starke LINKE und eine aufgeklärte Bevölkerung schaffen den Politikwechsel.

Wir streiten für eine Gesellschaft, die jede und jeden an den Bedingungen eines Lebens in Freiheit, sozialer Sicherheit und Solidarität beteiligt. Zu den Freiheitsgütern, die dies erst ermöglichen, gehören die sozial gleiche Teilhabe aller an den Entscheidungen in der Gesellschaft, existenzsichernde, sinnvolle Arbeit, Bildung und Kultur, hochwertige Gesundheitsleistungen und soziale Sicherungen. Notwendig ist die Überwindung aller Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Karl Marx).

Das komplette Kommunalwahlprogramm finden Sie unter www.dielinke-dortmund.de

Täglich. Kritisch. Anders.

Die linke Tageszeitung aus Berlin. Jetzt kostenlos testen.

Ja, ich teste »Neues Deutschland« 14 Tage lang kostenlos und unverbindlich.

Vorname, Name _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ DM-FA-PO-NEU2W

Tel.-Nr. _____

Ich willige ein, dass mit dem Abonnement von »Neues Deutschland« telefonisch mit mir Kontakt aufgenommen wird.

Datum, Unterschrift Abonent/in _____

Neues Deutschland, Aboservice
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
aboservice@nd-online.de, www.neues-deutschland.de/abo



Druck von Links.

Foto: aurelius/PIXELIO



Unsere Kandidatinnen und

Liebe Leserin, lieber Leser,
auf diesen zwei Seiten stellen sich nach Helmut Manz, unserm Oberbürgermeisterkandidaten, die ersten an
erklären, warum sie für den Rat kandidieren.

Utz Kowalewski (Listenplatz 1)



Utz Kowalewski, Kreissprecher der LINKEN in Dortmund, kandidiert auf dem Listenplatz 1 für den Stadtrat. Der Biologe und Fachjournalist ist Mitbegründer der „Ökologischen Plattform NRW“.

teichief der Dortmunder SPD erhalten für ihre Tätigkeiten bei RWE zum Teil sechsstelligen Geldbeträge. So ist eine Energiepolitik im Sinne der Dortmunder Bürger nicht möglich. Massiv steigende Kosten beim Strom und Erdgas sind eine direkte Folge der Abhängigkeit der Dortmunder Ratsmehrheit vom RWE. DIE LINKE will eine andere Energiepolitik.

DIE LINKE tritt ein für:

- eine DEW ohne RWE-Beteiligung, denn die Gewinne der DEW sollen in Dortmund bleiben und der undemokratische Einfluss der RWE auf die Politik verschwinden
- die Einführung eines Sozialtarifes beim Strom, damit umweltgerechter Strom für alle bezahl-

bar wird

- den Aufbau einer dezentralen eigenständigen Energieversorgung in Dortmund damit eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze in Dortmund entstehen
- eine umweltgerechte Energiesanierung städtischer Gebäude und damit Aufträge für das krisengeschüttelte Dortmunder Handwerk

Die Dortmunder Energiepolitik hängt am Gängelband des multinationalen Atomkonzerns RWE. Oberbürgermeister, Fraktionsvorsitzender und Par-

Nursen Konak (Listenplatz 2)



Nursen Konak ist Mitglied des Rates der Stadt Dortmund. Hier arbeitet sie im Kinder- und Jugendausschuss und im Betriebsausschuss FABIDO mit. Die Familienpflegerin gehört dem Bundesverband der Migrantinnen und DIFD (Föderation demokratischer Arbeitervereine) an. Sie kandidiert als Mitglied der LINKEN auf Listenplatz 2.

FABIDO - der Weg der Ausgründungen von Einrichtungen der kommunalen Daseinsfürsorge durch die rot-grüne Stadtregierung - war ein Fehler.

Ausgründungen sind eine Vorstufe zur Privatisierung kommunaler Aufgaben. Das lehnt DIE LINKE ab. Die erst vor zwei Jahren erfolgte Ausgliederung der Kindertagesstätten aus dem Jugendamt zum Eigenbetrieb FABIDO hat jedes Jahr mehrere Millionen Defizite. Es ist ganz offenkundig, dass eine Ausgliederung nicht zu mehr Wirtschaftlichkeit führt. Allerdings geraten die Mitarbeiter unter erheblichen Druck. Die massenhaft nicht verlängerten Verträge bei FABIDO sprechen da eine deutliche Sprache.

Wenn dann noch durch das KIBIZ immer mehr Aufgaben auf die noch verbliebenen Mitarbeiterinnen zukommen, aber gleichzeitig Personal entlassen wird, fürchte ich um die Qualität der Kinderbetreuung. Meine Meinung: FABIDO soll wieder an die Stadt herangeführt werden.

Dr. Petra Tautorat (Listenplatz 3)



Dr. Petra Tautorat (Listenplatz 3) ist Pädagogin und arbeitet als Verwaltungsangestellte im Klinikum Dortmund. Sie engagiert sich in einer Initiative zum bedingungslosen Grundeinkommen.

Das Klinikum leistet eine Spitzenmedizin dank seiner Mitarbeitenden und versorgt die Dortmunder

Bürger wie auch das Umland auf hohem Niveau in allen Fachbereichen. DIE LINKE meint: Medizin ist keine Ware und kein marktwirtschaftliches Konstrukt, sondern Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Deshalb stehe ich für die Rekommunalisierung des Dortmunder Klinikums. Schluss mit Stellenabbau und dem damit verbundenen Leistungsdruck, der auf die verbleibenden Klinikmitarbeiter ausgeübt wird! Schluss mit der weiteren Ausgründung von Tochterfirmen! Schluss mit Mobbing und krank machendem Betriebsklima!

Das Klinikum muss für die Bürger da sein - genauso wie die anderen Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie die Energie- und Wasserversorgung, Bildung und Erziehung und der öffentliche Nahverkehr. DIE LINKE wehrt sich gegen weitere Privatisierungen, Public-Private-Partnerships oder Cross-Boarder-Leasing. Schluss mit diesen neoliberalen Konstruktionen! Wir setzen uns ein für eine kompetente Ausführung der kommunalen Aufgaben unter dem Dach der Stadtverwaltung.

Wolf Stammnitz (Listenplatz 4)



Wolf Stammnitz (Listenplatz 4) ist Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Stadtrat. Dem Architekten und Stadtplaner liegt die Demokratisierung kommunaler Wirtschafts- und Sozialpolitik besonders am Herzen.

Zocker im Rathaus - Unter diesem Titel wies vor kurzem die Fraktion „Die Linken im Rat“ in einer Broschüre* nach, wie die Oberen Zehntausend zig Millionen Euro aus der Stadtkasse verzockten.

DIE LINKE will keine sündteuren Prestigeprojekte wie Konzerthaus, Dortmunder U, Flughafen. Wir wollen Arbeitsplätze und die Lebensqualität in den Stadtteilzentren aufwerten.

Die Schulden der Stadt übersteigen schon einen ganzen Jahreshaushalt (1,7 Milliarden Euro). Die jährlichen Zinsen fressen ein Achtel aller Sozialausgaben weg. Wenn es so weiter geht, gehört Dortmund bald ganz den Börsenzockern. Dagegen gibt es nur eine Kombination aus zwei Mitteln: Die Stadt

reduziert ab sofort ihre Zinszahlungen an die Banken und sie holt sich das Geld von den Oberen Zehntausend durch eine Umlage wieder zurück - aber nicht aus dem Sozialamt

Statt Millionen Euro Jahr für Jahr für eine Wirtschaftsförderung rauszuschmeißen, die sozial versicherte Normalarbeitsplätze in prekäre Mc-Billig-Jobs und wenige hoch spezialisierte Hitech-Jobs verwandelt, wollen wir soziale und umweltverbessernde Beschäftigungsprojekte.

Kandidaten auf einen Blick:

Wählt Kandidatinnen und Kandidaten unserer Reserveliste vor. Sie stellen ihre politischen Ideen dar und

Kommunalwahlprogramm

Das Kommunalwahlprogramm von DIE LINKE. Dortmund ist ab sofort zu finden unter:

www.dielinke-dortmund.de

In gedruckter Fassung ist es erhältlich:

- per Mail: info@dielinke-dortmund.de
- per Post: Münsterstr. 141, 44145 Dortmund
- per Telefon: 0231-4759196

Serpil Kosan (Listenplatz 5)

Serpil Kosan ist Mitglied der LINKEN in Dortmund und kandidiert bei der Kommunalwahl für DIE LINKE auf Listenplatz 5.



Die kurdischstämmige Allevitin sieht ihren politischen Schwerpunkt im Widerstand gegen den um sich greifenden Rechtsextremismus in Dortmund.

Hannes Fischer (Listenplatz 6)

Hannes Fischer ist Mitglied im Rat der Stadt Dortmund, im Schulausschuss und im Ausschuss für Kultur, Freizeit und Sport. Der Gesamtschulrektor a.D. kandidiert für DIE LINKE auf Listenplatz 6.

Rechtzeitig und auffällig zur Wahlkampfzeit rücken in verschiedenen Dortmunder Schulen die Vertreter der Stadt an und verkünden, was alles im Rahmen des Konjunkturpaketes 2 gemacht werden kann, vor allem an energetischer Erneuerung an den Gebäuden.

So löblich die Sanierungsversuche an den Schulen, so wenig erbaulich sind die Konzeptionen zur Erfül-

lung des Bildungsauftrages schlechthin. Die Grund-übel einer maroden Bildungspolitik, auch direkt vor Ort, werden damit nicht angegangen:

Wir wollen:

- Bildung muss grundsätzlich für alle Menschen gleichermaßen kostenfrei sein.
- Gute personelle Ausstattung der Einrichtungen für Kinder und Jugendliche.
- Elite-Schulen darf es in unserer Stadt nicht geben, denn sie beziehen nicht alle Kinder mit ein, grenzen große Teile der Bevölkerung generell aus.
- Bildungseinrichtungen, die ein integriertes Ler-

nen ermöglichen, sind grundsätzlich zu fördern.

- Mehr LehrerInnen
- Kleinere Klassen
- Oberstes Ziel bleibt „Eine Schule für alle“. Auf dem Wege dorthin sind die bestehenden Gesamtschulen deutlich auszubauen und in jeder Hinsicht zu verbessern.



Martina Heller (Listenplatz 7)

Martina Heller ist Altenpflegerin. Sie engagiert sich ehrenamtlich in der Hospizarbeit. Für die PDS war sie Stadtverordnete in Herne. Zum Dortmunder Rat kandidiert sie auf Listenplatz 7.

Wohnen wird in Dortmund immer teurer und für einkommensschwache Menschen zum Armutsrisiko. Während Reallöhne sinken oder stagnieren, steigen die Mieten und Energiekosten. Das ist für viele Menschen in unserer Stadt unerschwinglich.

Doch menschenwürdiges Wohnen ist ein Grundrecht für alle. Auch in Dortmund hat die Privatisierung öf-

fentlichen Eigentums den Wohn- und Energiebereich voll erfasst. Explodierende Energiekosten haben zur Folge, dass einkommensschwache Menschen von einem angemessenen Maß an bezahlbarer Energie und Mobilität ausgeschlossen werden.

- Wir setzen uns ein für die Rekommunalisierung und Förderung öffentlicher Wohnbestände und des Energiebereiches. Wir wollen Programme, die die energetische Sanierung von Mietshäusern möglich machen.
- Wir sind der Meinung dass es keine Mieterhöhung ohne nachhaltige Standardverbesserung

geben darf.

- Wir wollen Haushalte mit geringen Einkommen unabhängiger von steigenden Energiepreisen machen.



Jonny Bruhn-Tripp (Listenplatz 8)

Jonny Bruhn-Tripp ist ehemaliger Leiter des Arbeitslosenzentrums Dortmund. Der Diplompädagoge ist Mitglied bei verdi. Als Parteiloser kandidiert er für DIE LINKE auf dem Listenplatz 8.

Der Abbau sozialversicherungspflichtiger Arbeit hält an. Geringfügige Beschäftigung und Arbeit zu Löhnen unterhalb der Armutsschwelle nehmen zu. Von Arbeitslosigkeit sind immer mehr Menschen betroffen. Armut ist bittere und traurige Realität von Arbeitslosen, Familien und Kindern. In Dortmund beziehen über 80.000 Menschen das viel zu niedrig bemessene ALG II und Sozialgeld. Die HARTZ

IV Gesetze haben mehr Arbeitslosigkeit und Armut geschaffen.

Für die LINKE steht fest: Arbeitslosigkeit lässt sich nur mit einem öffentlich finanzierten Beschäftigungsprogramm bekämpfen. Arbeit gegen faire und gerechte Löhne zu schaffen, heißt das Ziel und dafür steht die LINKE.

Die HARTZ IV Gesetze müssen durch eine gerechte Sozialreform ersetzt werden. Es muss ein Mindestlohngesetz geben. Von Arbeit muss der Mensch gut leben können. In der Arbeitslosigkeit bedarf der Mensch existenzsichernde Leistungen. Deshalb

fordert die LINKE in einem ersten Schritt:

- Erhöhung der Regelleistungen auf 500 Euro.
- Abschaffung der Ein-Euro-Jobs und Umwandlung der vorhandenen Ein-Euro-Jobs in reguläre Beschäftigung.



Warum sollte ich meine Stimme der Partei DIE LINKE geben?

DIE LINKE ist die Partei von uns allen; sie handelt unabhängig von Religion, Sprache, Farbe; sie ist die politische Vertreterin aller Menschen.

Eine Aufgabe der Partei DIE LINKE ist es, die Vertreterin der „Kleinen und Schwachen“ zu sein.

DIE LINKE vertritt in allen Parlamenten - ob in der Kommune oder auf Bundesebene - alle ArbeiterInnen. DIE LINKE hat als erste Partei einen Mindestlohn für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Deutschland gefordert.

Die SPD übrigens lehnte diesen Antrag der LINKEN im Bundestag ab. Durch die Weltwirtschaftskrise versucht die SPD jetzt die Stimmen der ArbeitnehmerInnen zu

gewinnen, indem sie nun den zuvor abgelehnten Mindestlohn in ihr Wahlprogramm aufgenommen hat.

Die SPD hat sich schon lange von linker Politik entfernt. DIE LINKE ist im Gegensatz dazu nicht nur vor den Wahlen „links“, sondern immer. Es darf nicht vergessen werden, dass allein in der SPD-Regierungszeit 110.000 Firmen geschlossen wurden, 100.000 Mitglieder die Partei verlassen haben. Diese Zahlen sprechen für sich.

Das Interesse für die Partei DIE LINKE ist höher als je zuvor.

Deutschland ist eine Industrienation. Es leben Millionen von ArbeiterInnen in Deutschland. In einem Land, in dem so viele Ar-



beiterInnen leben, wird eine Partei wie DIE LINKE, die nicht nur vor den Wahlen an die Menschen denkt, mehr als dringend gebraucht.

Allein in Dortmund sind mehr als 40.000 Menschen von Arbeitslosigkeit bedroht. Vielleicht sind

auch Sie unter diesen 40.000 ArbeitnehmerInnen? Vielleicht sind Bekannte und Freunde von der drohenden Arbeitslosigkeit betroffen?

Wenn Sie auch Ihre Stimme gegen diese Ungerechtigkeit erheben wollen, wenn auch Sie fordern, dass Bildung in einem Sozialstaat wie Deutschland nichts kosten sollte, wenn auch Sie gegen Faschismus und Chauvinismus sind, dann wählen Sie genau wie ich DIE LINKE. Nur mit einer starken Fraktion können wir es schaffen unsere Ziele zu verwirklichen.

Solidarische Grüße,
Selma Kociva
DIE LINKE. Dortmund

Oyumu Neden „DIE LINKE“ yani Sol Parti'ye Vereyim?

Çünkü; fabrikalarda, devlet dairelerinde, inşaatlarda, restoranlarda ve bütün iş kollarında her gün saatlerce ter döken, emek veren insanların yanındadır.

Çünkü; Sol Parti saçımızın, tenimizin rengine; dilimizin sesine, inancımızın yönüne bakarak bizi aşağılamıyor. Aksine bütün dilleri, inançları, renkleri bir zenginlik sayıyor.

Hepimiz izliyoruz... Die LINKE, Almanya'da büyük bir gelişme kaydetmektedir. Bunun nedeni kısıtlanan sosyal haklara ve işçi

haklarına karşı mücadele ediyor olmasıdır.

Çünkü; SPD gibi sözde sol bir parti değil. SPD iktidarı döneminde, 2003 yılında 110 bin işyeri kapandı. 100 bin SPD üyesi istifa etti. Bu rakamlar SPD'nin başarısızlığının kanıtıdır.

Die LINKE, Almanya Parlamentosu'nda işçilerin saat ücretinin en az 8 Euro olması için aylarca çaba harcadı. SPD ise buna karşı mücadele etti. Ama bugün tam da seçimler dönemine girmişken SPD saat ücretlerinin

yükseltilmesi gerektiğini söylüyor. Almanya bir endüstri ülkesidir ve onmilyonlarca işçi bulunmaktadır. Bu kadar çok işçinin olduğu bir ülkede sol partiler işçilerin yanında olmalıdır. Onları sadece seçimlerde hatırlamalıdır.

Bugün Dortmund'de 40 bin insan işsiz kalmakla karşılaşmaktadır. Die LINKE, bunun olmaması için çeşitli projeler hazırlıyor ve mücadelesini sürdürmektedir.

Belki bu 40 bin işçi arasında siz de varsınız. Veya tanıdıklarınız, akrabalarınız ve arkadaşlarınız

vardır... Dortmund'te işçi sınıfının ezilmemesini, her öğrencinin okulda ücretsiz yemek yemesini istiyorsanız ve ırkçılığa ve şovenizme karşı siz de dik durmak istiyorsanız benim gibi oyunuzu Sol Parti yani Die LINKE'ye verin.

Saygılarımla
Selma Kociva
DIE LINKE. Dortmund

Γιατί πρέπει να προσθέσω και τη δική μου φωνή του Κόμματος „Η ΑΡΙΣΤΕΡΑ“ „DIE LINKE“?

Η ΑΡΙΣΤΕΡΑ είναι το μέρος όλων μας, που ενεργούν ανεξάρτητα από θρησκεία, γλώσσα, χρώμα, είναι το πολιτικό αντιπρόσωπο όλων των ανθρώπων.

Μεταξύ των στόχων του Κόμματος της Αριστεράς είναι ο εκπρόσωπος των μικρών και των αδύναμων.

Η ΑΡΙΣΤΕΡΑ λαμβάνει σε όλα τα κοινοβούλια είτε τοπικό ή ομοσπονδιακό επίπεδο όλων των εργαζομένων. Η ΑΡΙΣΤΕΡΑ για παράδειγμα ήταν το πρώτο μέρος του κατώτατου μισθού από 8 € για τους εργαζόμενους στη Γερμανία.

Παρεμπιπτόντως, η SPD απέρριψε το αίτημα της Αριστεράς στην Ομοσπονδιακή Βουλή. Με

την παγκόσμια κρίση, προσπαθεί τώρα η SPD να κερδίσει την ψήφο των εργαζομένων, στην οποία τώρα απέρριψε τον κατώτατο μισθό στο μανιφέστο των εκλογών τους.

Η SPD έχει απομακρυνθεί από το κέντρο της αριστεράς πολιτικής. Η ΑΡΙΣΤΕΡΑ αντίθετα δεν είναι μόνο πριν από τις εκλογές „αριστερά“, αλλά πάντα. Δεν πρέπει να λησμονείται ότι στην Κυβέρνηση SPD του 2003, 110 χιλιάδες εταιρείες έκλεισαν, 100 χιλιάδες μέλη του SPD εγκατέλειψαν το κόμμα, οι αριθμοί μιλούν από μόνοι τους.

Το ενδιαφέρον για το Αριστερό κόμμα σε αντίθεση είναι υψηλότερο από ποτέ.

Η Γερμανία είναι ένα έθνος βιομηχανικό, στη Γερμανία ζουν εκατομμύρια εργαζόμενοι. Σε μια χώρα όπου ζουν πολλοί εργαζόμενοι, απαιτείται επειγόντως ένα κόμμα όπως η ΑΡΙΣΤΕΡΑ, η οποία δεν σκέφτεται μόνο πριν από τις εκλογές τους εργαζόμενους.

Μόνο στο Dortmund, περισσότερα από 40000 άτομα κινδυνεύουν από την ανεργία. Ίσως να είναι μεταξύ αυτών των 40.000 εργαζομένων φίλοι ή γνωστοί σας που να απειλούντε από την ανεργία. Αν και εσείς έχετε τη φωνή σας κατά αυτής της αδικίας για τη συλλογή, αν και εσείς επιμένετε ότι η εκπαίδευση σε ένα κράτος πρόνοιας, όπως η

Γερμανία δεν θα πρέπει να κοστίζει τίποτα, αν είστε και εσείς εναντίον τον φασισμό και σωβινισμό τότε επιλέξτε και εσείς όπως και εγώ Η ΑΡΙΣΤΕΡΑ (DIE LINKE). Μόνο με μια ισχυρή ομάδα μπορούμε να δημιουργήσουμε τους στόχους μας.

Με πολλούς χαιρετισμούς
Selma Kociva
Η ΑΡΙΣΤΕΡΑ Dortmund

Perchè devo dare il mio voto al partito „DIE LINKE“?

DIE LINKE é un partito di tutti noi, agisce indipendentemente da religione, lingue, e colori, è il rappresentante politico di tutte le persone.

Un compito del partito DIE LINKE é die rappresentare i piú "piccoli e deboli".

DIE LINKE rappresentano in tutti i parlamenti- sia comuni o a livello regionale- tutti gli operai. DIE LINKE é stato il primo partito a pretendere una retribuzione minima per tutti gli operai in Germania.

Il partito SPD ha respinto ques-

ta proposta dei DIE LINKEN fatta nel parlamento. Attraverso la crisi mondiale dell'economia provano adesso a vincere dei voti degli operai, nel quale introducono, nella loro campagna, la respinta proposta della retribuzione minima.

È già da tanto tempo che l'SPD si é allontanata della politica di sinistra. DIE LINKE al contrario, non sono di sinistra solo prima dei voti ma sempre. Non si deve dimenticare che solo nel periodo del governo del'SPD hanno chiuso 110.000 aziende e 100.000

soci hanno lasciato il partito. L'interessamento per il partito DIE LINKE é piú grande che mai.

La Germania é una nazione industriale. In Germania vivono milioni di operai. In una nazione dove vivono così tanti operai, serve un partito come DIE LINKE che non pensano alle persone solo prima dei voti.

Soltanto in Dortmund ci sono piú di 40000 persone che sono minacciati dalla disoccupazione. Forse si trova anche lei immenso ai questi 40.000 operai. Forse dei conoscenti e amici sono stati col-

piti dalla disoccupazione.

Se vuole anche lei alzare la sua voce contro questa ingiustizia, se lei pretende che la costituzione in uno stato sociale come la Germania non costi niente, se lei é anche contro il fascismo e lo sciovinismo, all'ora voti come me DIE LINKE. Soltanto con una forte frazione possiamo riuscire a realizzare i nostri scopi.

Solidari saluti
Selma Kociva
DIE LINKE. Dortmund